

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

26.7.1891 (No. 202)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 26. Juli.

N^o 202.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Eindrucksgebühr: der gespaltene Zeilen oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 18. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem evangelischen Pfarrer A. Krumholz in Weingarten das Ritterkreuz 1. Klasse des höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 25. Juli.

Ein Telegramm des Wolffschen Bureaus aus Wien lautet: „Bei der gestrigen Audienz, die der österreichische Ministerpräsident Graf Taaffe bei Seiner Majestät dem Kaiser in Jschl hatte, wurden auch die jüngsten Vorkommnisse panlawistischer Natur in Prag zur Sprache gebracht.“ Diese Vorkommnisse beschäftigen auch zwei Wiener Blätter, denen Besprechungen zu leitenden Kreisen der österreichischen Hauptstadt zugeschrieben werden. Sowohl das „Fremdenblatt“ wie die „Presse“ tritt nachdrücklich gegen das Gebahren der jungczechischen Blätter auf. Das „Fremdenblatt“ sagt: „Die Festigkeit des Dreibundes wird sicherlich nicht darunter leiden, daß einige Prager Politiker oder Journalisten ihn verböhnen und unsere Allirten in verleumderischer Weise angreifen, wohl aber ist es höchst bedauerlich, daß solche Gesinnungen im czechischen Volke verbreitet werden. Die jungczechische Presse sucht in ihrem Publikum einen wahren Abscheu gegen das Deutsche Reich hervorzurufen, genau wie es in ihm ein nicht minder heftiges Gefühl gegen die eigenen deutschen Landsleute und gegen die Magyaren nährt. Sie begnügt sich nicht damit, die sprachliche und Stammesverwandtschaft mit den übrigen Slaven hervorzuheben; sie empfindet volle nationale Befriedigung erst dann, wenn sie zum Hass gegen alles Deutsche antreibt, wenn sie unseren Allirten in den abscheulichsten Farben darstellt und den Bund, welcher, wie ausdrücklich vertragsmäßig festgesetzt ist, ein reiner Defensiv- und Friedensbund ist, als ein zum Schaden unseres Reiches lästig gewobenes Netz schildert, in dem die czechische Nation als erstes Opfer hätte erzwungen werden sollen. Wir wollen hoffen, daß dieses Treiben seinen Zweck verfehle und daß auch derjenige Theil des czechischen Volkes, welcher jetzt unter dem Banner dieser radikalsten nationalen Richtung steht, nicht irre werde an der Weisheit der vom Monarchen eingeschlagenen und von der weit überwiegenden Mehrheit der beiden Parlamente des Reiches freudig gebilligten Politik, der wir und mit uns ganz Europa eine lange Reihe von Friedensjahren zu danken haben. Wir sprechen diese Hoffnung aus, weil es wünschenswerth ist, daß kein Volkstamm und auch kein Theil eines Volkstammes feindselig dieser unserer Politik und unseren treuen Verbündeten gegenüberstehe. Das Bündniß steht fest, auch wenn die jungczechischen Wähler, vollgejogen mit den verzerrten Anschauungen ihrer Blätter, es als ein verheißtes betrachten. Aber es soll nicht dahin kommen, daß in solchen Fragen gewaltthätig eine Klüftung geschaffen wird und daß Tausende ehrlicher und kaiserthreuer Bürger und Bauern unter dem Vorwande loyaler und nationaler Besorgnis auf einen falschen Weg und in fanatische Verbitterung gedrängt werden. Wenn der jungczechischen Presse und den ihr befreundeten Politikern dieses traurige Unternehmen gelingt, dann wird allerdings die Partei die Folgen einer solchen Thätigkeit an ihrem eigenen Schicksale zu erfahren haben. Es ist selbstverständlich, daß eine Partei, die eine so extravagante Stellung einnimmt oder die nicht im Stande ist, ihre fanatischen Bestandtheile zur Ruhe zu weisen und die Forderungen der staatlichen Nothwendigkeit in ihrem Kreise zur Geltung zu bringen, unmöglich irgend ein Gewicht im parlamentarischen Leben ausüben kann. Eine solche Partei ist einfach vollständig isolirt und wir zweifeln sehr, daß die Sympathien französischer Turner oder sonstiger begeisterter Verehrer diesen Nachtheil aufzuwiegen vermögen. Wenn es unter den jungczechischen Führern Männer gibt, welche die Vertheiltheit des Treibens jener Leute erkennen — und solche Männer scheint es doch zu geben — dann müssen sie im eigenen Interesse und im Interesse ihres Volkes, dessen Vertretung der Partei durch die letzten Wahlen zugefallen ist, ihre Einsicht auch durch die That bewähren. Sie müssen offen kundgeben, daß sie die Angriffe, welche gegen unsere Bündnisse und unsere Verbündeten gerichtet sind, mißbilligen, und müssen sich von denen lossagen, die in ihrem parlamentarischen oder journalistischen Amte nichts sehen als ein Mittel, um daß auszusprechen und zu verbreiten. Denn darüber werden sich ja wohl die ruhiger überlegenden Köpfe unter den Jungczechern klar sein, daß ihre Partei zwar

trotz allem Anstürmen den Friedensbund nicht erschüttern wird, daß sie aber damit sich selbst politisch tödtet.“ Es ist wohl kein Zufall, daß diese sehr bestimmten Äußerungen des Wiener „Fremdenblattes“ der Zeit nach mit der oben erwähnten Audienz des österreichischen Ministerpräsidenten in Jschl zusammentreffen.

Bei der jüngsten Erwahlung zum englischen Parlamente hat die herrschende Partei wieder ein Mandat an die liberale Opposition verloren. Die Wahl fand in Wisbech (Northcambridge-shire) statt und ihr ging ein heißer Kampf zwischen den beiden großen Parteien des Landes voraus. Die Führer der beiden Parteien nahmen selbst an der Agitation theil; der konservative Bewerber Mr. Duncan hatte den Lord Salisbury zum Fürsprecher, während der Kandidat der Liberalen, Mr. Brand, durch ein Empfehlungsschreiben Gladstone's bei den Wählern eingeführt wurde. Nach einer heute vorliegenden Depesche ist Brand, der Sohn des früheren Unterhauspräsidenten, mit 3779 gegen 3719 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden. Die Mehrheit des liberalen Kandidaten beträgt somit allerdings nur 260 Stimmen, aber es scheint, daß man einen Sieg der Opposition nicht erwartet hatte, denn noch vor wenigen Tagen schrieb die Londoner Korrespondenz, allem Anscheine nach habe der liberale Bewerber „nur geringe Chancen, so eifrig sich auch die Partei für ihn bemüht“. Die Gladstoneaner werden natürlich nicht ermangeln, ihren Wahlsieg in Wisbech als ein vorzügliches Vorzeichen für die allgemeinen Parlamentswahlen hinzustellen; da aber das Mandat des gegenwärtigen Parlaments bis zum Jahr 1893 dauert und eine frühere Vornahme der Wahlen als Folge einer Parlamentsauflösung lediglich in der Hand der Regierung liegt, so wird die Gladstone'sche Partei sich in Geduld fassen müssen. Bis zu den allgemeinen Wahlen dürfte übrigens, wenn nicht alle Anzeichen trügen, Gladstone's Home-Rule-Plan seine Anziehungskraft auf die liberalen Wähler noch vollends verloren haben und die liberale Partei sieht sich schon jetzt in die Nothwendigkeit verjagt, nach anderen politischen Forderungen für die Wahlparole zu forschen. Die irische Politik des Ministeriums Salisbury hat den Erfolg zu verzeichnen, daß sie bereits eine wesentliche Beruhigung der irischen Bevölkerung hervorgebracht hat und daß auch Parnell sich immer mehr mit ihr befreundet. Wir gaben gestern ein Telegramm aus Dublin wieder, laut welchem Parnell in der Versammlung der Nationalliga erklärte, er sei geneigt, den Gesetzentwurf des irischen Obersekretärs Balfour über die irische Lokalverwaltung zu unterstützen. Einen solchen Gesetzentwurf hat Balfour am vorigen Montag für die nächste Parlamentsstimmung angekündigt und er setzte hinzu, die Vorlage werde sich auf dieselben Grundlagen stützen, die bei dem Entwurfe ähnlicher Vorlagen für England und Schottland als Richtschnur gedient haben. Auf den Einwurf, ob die Regierung alsdann auf die Unterstützung der irischen Abgeordneten zählen könne, rief Healy aus: „Sicherlich!“ Und Parnell hat nun vorgestern, wie gleichfalls schon mitgetheilt, in der Sitzung der Nationalliga sein Einverständnis mit dieser Äußerung Healy's erklärt. Im liberalen Lager ist man von der Ankündigung der neuen Vorlage wenig erbaut, weil man befürchtet, dieselbe werde den Gladstone'schen Home-Rule-Plan mehr oder weniger entbehrllich machen, und die Gladstone'schen Blätter machen aus ihrer Mißver Stimmung kein Hehl. „Daily News“ zeigen sich nicht abgeneigt, dem Ministerium Salisbury, wie bei der Vorlage über den unentgeltlichen Schulunterricht, so auch diesmal wieder den „Diebstahl liberaler Ideen“ zum Vorwurf zu machen. Nach einer Mittheilung der „Daily News“ soll die in Aussicht gestellte Vorlage eine „heinahe“ das liberale Programm verwirklichende Vorlage sein. Die radikale „Ball Mall Gazette“ schreibt sehr verstimmt: „Wenn die Radikalen radikale Vorschläge machen, so weiß man schon im Voraus, daß die Lords ihnen erbitterten Widerstand entgegenzusetzen werden. Wenn aber die Tories mit radikalen Gesetzentwürfen kommen, so brummen die Lords, genehmigen sie aber schließlich.“ Am zutreffendsten dürfte die Äußerung des „Daily Chronicle“ sein: „Der neue Schachzug des irischen Obersekretärs hat entschieden Beforgniß im liberalen Lager hervorgerufen. Wir haben seit lange darauf hingewiesen, daß die Lösung der irischen Frage in der Erweiterung demokratischer, auf Wahlen beruhender Selbstverwaltung, wie sie England und Schottland haben, liegt. Wir vermochten niemals zuzugeben, daß das irische Volk sich so sehr nach Home-Rule sehnte, daß es irgend ein Substitut, welches man ihm ohne Gefahr gewähren kann, abschlagen sollte. Was die Fren für absolut nöthig hielten, waren billige Pachtzinsen, selbständiges Interesse an den Farmen und ein System der Selbstverwaltung, welches die

Tyrannie militärischer Richter und der Dubliner Burg ausschließt.“

Deutschland.

* Berlin, 24. Juli. Ihre Majestät die Kaiserin erfreut sich nach den hier eingelangten Nachrichten des allerbesten Wohlbehagens. Dem Vernehmen nach dürfte die Kaiserliche Familie erst um die Mitte des nächsten Monats im Neuen Palais bei Potsdam wieder vollständig versammelt sein.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ hatte gestern die Gerüchte von Konferenzen, die mit Vertretern von Getreidefirmen wegen einer etwaigen Aufhebung der Getreidezölle gepflogen worden seien, für unbegründet erklärt. Heute kommt das Blatt auf diese bereits widerlegten Gerüchte zurück, indem es sagt: „Vielleicht hat der Umstand zu diesem Gerücht Anlaß gegeben, daß Vertreter von Getreidefirmen aus Königsberg, Danzig, Stettin und Breslau zu einer Besprechung im Finanzministerium versammelt waren, welche sich mit dem Identitätsnachweise beschäftigte und zu näherer Information über diese Angelegenheit zu dienen bestimmt war.“ Dagegen erklärt die „Nationalzeitung“, daß auch die Nachricht von solchen Berathungen wegen einer Aufhebung des Identitätsnachweises absolut unbegründet sei. Die „Nat.-Ztg.“ warnt auf das Eindringlichste vor solchen Gerüchten, die offenbar zu Zwecken der Getreidespekulation verbreitet würden. Im Anschluß an die Meldungen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ und der „Nat.-Ztg.“ mag übrigens noch folgendes Privattelegramm des Wiener „Fremdenblattes“ aus Berlin hier wiedergegeben werden: „Von unterrichteter Seite wird mir mitgetheilt, die Regierung denke nicht daran, bezüglich der Getreidezölle ihre Haltung zu ändern. Alle darüber verbreiteten Gerüchte haben in Börsenspekulationen ihren Ursprung. Seit Caprioli's Rede hat sich die Lage wenig verändert und eher zum Besseren. Man rechnet in Deutschland auf eine gute, theilweise sehr gute Mittelernste und auf erhebliches Sinken der Getreidepreise, wenn erst die Erntearbeiten vollendet sind. Man hält auch die russischen Ernteausichten lange nicht für so ungünstig als allgemein angenommen wird. Die russischen Getreidespekulanten sind natürlich bestrebt, die Ausichten möglichst schlecht darzustellen.“

Der Entwicklung der Hochseefischerei ist sowohl in der Nord- wie in der Ostsee die Fürsorge der Regierung zugewandt. In beiden Meeren nimmt die Zahl der Fischereifahrer stetig zu. Es mag neben kleineren nur an die großen Anlagen in Norddeich-Norderney und in Sabinz erinnert werden. Weitere Anlagen dieser Art in Helgoland, Emmerlev in Nordschleswig, Hela u. s. w. stehen zur Erörterung. Ueberall handelt es sich hier, auch wo Hochseefischerei im eigentlichen Sinne des Wortes betrieben wird, um Fischereibetrieb mittelst Segelbooten. In Seefermünde dagegen hat sich von selbst ein rasch aufblühender Hochseefischereibetrieb mittelst Dampfern entwickelt. Von anfänglich zwei Fischdampfern ist die Zahl im vorigen Jahre auf 26 Stück gestiegen; in kurzer Zeit, wenn die im Bau begriffenen Dampfer in Betrieb getreten sein werden, wird eine Flotte von 30 Dampfern von Seefermünde aus der Hochseefischerei obliegen. Für einen so umfangreichen Betrieb reichen die tiefen, für den Fischhandel bestimmten Liege- und Lagerplätze an der Seefermünde weitaus nicht mehr hin. Es wird daher, wie man mehreren Blättern aus Berlin schreibt, geplant, im Anschluß an den Petroleumhafen unter Benutzung der von Bremen ausgeführten Korrektur der Unterweser eine Erweiterung der Hafenanlage durch Herstellung eines geräumigen, für alle Bedürfnisse des Fischhandels ausreichenden Fischereihafens herbeizuführen.

Die in Brüssel tagende internationale Eisenbahn-Abrechnungskonferenz, welche von den Eisenbahnverwaltungen der mitteleuropäischen Staaten und Großbritanniens beschickt ist, hielt vorstern ihre erste Sitzung unter Leitung des Präsidenten der belgischen Staatsbahnverwaltung, Herrn Janssen, ab. Von den deutschen, österreichischen, italienischen und schweizerischen Konferenztheilnehmern wurden verschiedene, übrigens nur nebensächliche Änderungen des gegenwärtig geltenden Abrechnungssystems in Vorschlag gebracht, während die Engländer, Franzosen, Belgier und Holländer sich für Beibehaltung des status quo aussprachen. Da bei der Abstimmung sich Stimmengleichheit herausstellte, so hat es, wie man aus Brüssel schreibt, bei dem derzeitigen Modus sein Bewenden.

Straßburg, 24. Juli. Die Handhabung des Passzwangs ist nicht nur in französischen, sondern auch in deutschen Blättern Gegenstand unzutreffender Meldungen geworden. Gegen die letzteren wendet sich heute die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ in zwei Nichtigkeitsstellungen. Die erste lautet: „Die Nachricht der „Saale-

zig., welche auch andere Blätter übernommen haben, daß auf Veranlassung des Chefs des Generalstabs Verschärfungen des Passwangs stattfänden, ist falsch. Es findet neuerdings überhaupt keine schärfere Handhabung der Maßregel statt." Gegenüber dem in Mülhausen erscheinenden „Eypres“ bemerkt die amtliche Korrespondenz: „Die Nachricht des „Eypres“ über die Verhaftung des (französischen) Malers Legrand ist entstellt. Legrand wurde, ohne im Besitze eines vorgeschriebenen Passwangs zu sein, im Lande betreten und dem Amtsgerichte in Schlierlach vorgeführt, nach seiner Vernehmung jedoch sofort freigelassen und zur Abreise veranlaßt.“

Österreich-Ungarn.

Wien, 24. Juli. Dem österreichischen Finanzminister Steinbach ist von Seiner Majestät dem Kaiser der Titel eines Geheimen Raths verliehen worden. (Dr. Steinbach war als ein erst unlängst ernanntes Mitglied des Kabinetts bis jetzt der einzige unter den österreichischen Ministern, der die Geheimrathswürde noch nicht befaß.) — Der österreichische Reichsrath wird im Monat Oktober, die Landtage sollen im Dezember zu ihren Verhandlungen zusammentreten. (Damit bestätigt sich die in Nr. 199 dts. Blts. gebrachte Nachricht. Der Reichsrath ist vor wenigen Tagen von der Regierung vertagt worden und nimmt im Oktober seine Arbeiten wieder auf. Daß die Landtage erst im Dezember berufen werden, hängt mit denjenigen Dispositionen der Regierung zusammen, nach denen zwischen dem Reichsrath und den Landtagen die Delegationen thätig sein sollen.)

Italien.

Rom, 24. Juli. In dem gestern abgehaltenen Ministerrathe ist die Finanzlage des Landes eingehend erörtert worden. Der Finanzminister stellte die Ersparnisse zusammen, durch welche das Gleichgewicht im Budget für 1892–93 hergestellt und das Gleichgewicht für das laufende Jahr befestigt werden soll. Die vom getrigen Ministerrathe beschlossenen Ersparungen sollen 28 Mill. Lire betragen, von denen 10 Millionen auf den Kriegsetat, 4 1/2 Millionen auf die Marine, 4 Millionen auf die Finanzen und den königlichen Schatz, 1 Million auf Post und Telegraphen, 8–10 Millionen auf Unterricht, der Rest auf die übrigen Ministerien entfallen würden. Der Ministerpräsident Rudini sprach sich alsdann über die wirtschaftlichen, sozialen und in der Verwaltung vorzunehmenden Reformen aus, die er in den Kammern beantragen will. Der Ministerrath prüfte und genehmigte diese Vorschläge, worauf das Programm festgestellt wurde, mit dem die Regierung vor die Kammern treten soll. Der ganze Verlauf des gestrigen Ministerrathes scheint bewiesen zu haben, daß die Behauptung oppositioneller Blätter, es beständen im Ministerium Rudini unüberwindliche Differenzen, durchaus der Begründung entbehrt.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. Der zweite „Melinit-Prozess“ dürfte im Sande verlaufen. Hiesige Blätter berichten nämlich, daß das Untersuchungsverfahren in der Angelegenheit des rauchlosen Pulvers demnächst durch Gerichtsbefehl eingestellt werden wird. Der Direktor Canet wird, sobald dies geschehen ist, Klage gegen diejenigen Blätter anstrengen, die ihn im Verlaufe der Angelegenheit angegriffen haben. — In einem morgen abzuhaltenden Ministerrathe wird Herr Ribot, der Minister des Auswärtigen, seinen Kollegen die geplanten Veränderungen im diplomatischen Corps mittheilen. (Den Anlaß zu diesen Veränderungen gibt der Umstand, daß Graf Montebello, der französische Botschafter in Konstantinopel seit 1886, diesen Posten verläßt, um Herrn de Laboulaye in Petersburg zu ersetzen.) — Die im April in Frankreich vorgenommene Volkszählung hat ergeben, daß Frankreich 38 095 150 Einwohner zählt. Es bedeutet dies eine Zunahme der Bevölkerung um 208 584 Köpfe gegenüber dem Jahre 1886. In den Städten hat die Bevölkerung sich vermehrt, in den Landgemeinden verringert. — Der Pariser Gemeinderath muß überall dabei sein, wo er nichts zu thun hat. Heute nahm er eine Tagesordnung an, in welcher der Petersburger Stadtgemeinde, anlässlich des dem französischen Geschwader bereiteten Empfanges Dank und herzlichste Sympathie ausgesprochen wird. Uebrigens zeigt sich schon in der französischen Presse ein Rückschlag zu den überschwänglichen Erwartungen, die man auf den Besuch des französischen Nordseegeschwaders in Kronstadt gesetzt hatte. Die Mahnung zu einer ruhigeren Auffassung der Dinge geht bemerkenswerther Weise von einem der Regierung nahe stehenden Blatte aus, vom „Temps“. Während die Mehrzahl der Blätter die russisch-französische Flottenbegegnung in Kronstadt voller Begeisterung bespricht, warnt der „Temps“ vor Ueberschwänglichkeit der Beurtheilung. Frankreich und Rußland besäßen keine gebundene Marschrouten, keinen geschriebenen Vertrag, und Rußland werde immer nur rein russische Politik treiben. Die europäische Konstellation habe jedoch die beiden Mächte zu einer stillschweigenden Verständigung gedrängt, die einen wirksamen Faktor des Friedens bilde. (Als ob der Frieden Frankreichs von irgend einer Seite bedroht wäre!)

Luxemburg.

Luxemburg, 24. Juli. An den Einzug Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin schlossen sich gestern Volksfeste an, die bis tief in die Nacht hinein dauerten. Die gesammte Bevölkerung war in der festlichsten patriotischen Stimmung und die Erklärungen des Landesfürsten beim Einzug, er wolle die freiherrlichen Einrichtungen des Landes nach Kräften wahren und über der Unabhängigkeit des Großherzogthums wachen, erhöhten die Festfreude. Die heutige Feier hatte einen überwiegend kirchlichen Charakter; am Abend

sand Johann ein Galabiner in Schloß Walferdingen statt. Der Staatsminister Eyschen veranfaltete heute zu Ehren der Mitglieder des diplomatischen Corps ein Dejeuner, bei welchem der österreichisch-ungarische Gesandte den ersten Trinkspruch auf Seine königl. Hoheit den Großherzog ausbrachte. Staatsminister Eyschen erwiderte diesen Toast mit einem Trinkspruch auf die Oberhäupter der mit Luxemburg befreundeten Staaten. Er sagte, Luxemburg gehe aus einer Uebergangszeit beruhigt und befestigt hervor und danke den Mächten, welche durch die Anwesenheit ihrer Vertreter zeigten, daß sie die hochherzigen Gefinnungen des Großherzogs theilen.

Niederlande.

Haag, 24. Juli. Die Wahlen der Zweiten Kammer sind nunmehr beendet. Die Kammer besteht somit endgiltig aus 54 Liberalen, 1 Radikalen, 25 Katholiken und 20 Antirevolutionären. (Die letzte Wahl, die vorgenommen werden mußte und von welcher die endgiltige Zusammensetzung der Zweiten Kammer abhing, war die Nachwahl in Schoterland. Bei derselben siegten die Liberalen und der „Antirevolutionär“ blieb um etwa 100 Stimmen in der Minderheit. Durch das Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ist dem gegenwärtigen Ministerium in den Niederlanden die parlamentarische Stütze entzogen und man sieht der Neubildung des Kabinetts entgegen. Bis jetzt ist die Ministerkrise noch nicht zur Lösung gekommen, es wird dies aber in allernächster Zeit geschehen müssen, da am 15. September die neu gewählte Kammer zusammentritt und bis dahin die Budgets der verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung ausgearbeitet werden müssen.)

Großbritannien.

London, 24. Juli. Das Oberhaus arbeitet allmählich den ihm vom anderen Hause überwiesenen Berathungsstoff auf. Heute wurden in dritter Lesung die Fabrikbill und die Unterrichtsbill angenommen.

— Ueber die bevorstehenden Manöver der englischen Flotte wird aus London geschrieben, daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade beschäftigen. In der Nordsee wird Sir Michael Culme Seymoar eine der schönsten Flotten kommandiren, die die Neuzeit je gesehen. Er geht bei den Manövern von der Idee aus, daß England mit einer Ozeanmacht Krieg führt. Am Eingang des Kanals wird Viceadmiral Hignou eine zweite mächtige Flotte um sich sammeln und gegen einen im Süden vermurksten Feind operiren. Ob dieser nur in der Einbildung besteht oder durch einige abgeordnete Schiffe vertreten werden soll, bleibt dem Ermessen der Admirale anheim gestellt. Wahrscheinlich ist, daß jede der Flotten sich in zwei Geschwader theilen wird, deren eines die angreifende und deren anderes die verteidigende Macht darstellt. Es wäre in diesem Fall allerdings wünschenswert, daß die feindlichen Streitkräfte auch wirklich aneinander gerathen und nicht einen etwaigen Vorsprung von 24 Stunden benutzen, um Dampf zu geben und für den Rest der Manöver zu verschwinden, wie dies im Vorjahre geschehen ist. Schauplatz der interessanten Manöver wird jedoch der St. Georgskanal sein, wo die praktische Verwendbarkeit der Torpedoboote geprüft werden soll. Es gibt keine Frage im modernen Seeweese, über welche die Meinungen der Sachverständigen weiter auseinandergehen, oder die eine so einschneidende Bedeutung befaßt als gerade diese. Der chilenische Bürgerkrieg hat die Unsicherheit und Ungewißheit über diesen Gegenstand noch vermehrt. Nach der Zerstörung des „Blanco Encalada“ ist es zweifelhaft geworden, ob der Stahlpanzer ein wirksamer Schutz gegen den Whitehead Torpedo ist oder nicht. Auch die Frage, ob sich die Torpedos überhaupt gegen Schiffe anwenden lassen, ob auf ihrer Hut sind, erscheint nach der Lehre, die ein späterer Flottenanfall der Chilenen gegeben, als eine offene. Die englische Admiralität hat bisher den Bau von Torpedobootten im Verhältnis zu schnellen Kreuzern und großen Schlachtschiffen vernachlässigt. Ob diese Politik die richtige ist, wird vielleicht der Verlauf der Manöver zeigen.

Rußland.

St. Petersburg, 24. Juli. An dem gestrigen Diner in der französischen Botschaft, zu Ehren des französischen Geschwaders, nahmen im ganzen etwa 50 Personen theil, darunter der Generaladmiral Großfürst Alexis, Admiral Gervais mit seinem Generalstabe, die Kommandanten der französischen Schiffe, der Marineminister Admiral Tschischatschew, sowie die Minister des Innern, der Finanzen und des Verkehrs, außerdem der Adjunkt des Ministers des Auswärtigen, Schischkin. Während der Tafel brachte der französische Vorkapitel de Laboulaye den Trinkspruch auf den Kaiser und Großfürst Alexis einen solchen auf den Präsidenten Carnot und das tapfere französische Geschwader aus. Heute nahm der Botschafter mit den Mitgliedern der Botschaft das Dejeuner an Bord des „Marengo“ ein.

Bulgarien.

Sofia, 24. Juli. Die „Agence Balcanique“ erklärt die Nachricht des „Temps“, der bulgarische Ministerpräsident Stambuloff hätte sich in Tirnowo geäußert, er werde sich vom politischen Leben zurückziehen, falls nicht in diesem Jahre die Unabhängigkeit Bulgariens proklamirt würde, als unbegründet und als ein Phantastengebilde. Stambuloff sei in Tirnowo noch gar nicht eingetroffen, er befinde sich in Wirklichkeit in Sifowa und habe keinerlei derartige Unterredung gehabt. An die Proklamirung der Unabhängigkeit denke die bulgarische Regierung nicht im entferntesten, ihre Bemühungen seien vielmehr unablässig auf die Entwicklung und Befestigung der inneren Lage, sowie die Aufrechterhaltung herzlicher und freundschaftlicher Beziehungen mit der Türkei gerichtet. (Es dürfte wohl allerdings an der Zeit sein, daß die Gerüchte über angebliche Bestrebungen der bulgarischen Regierung, welche auf eine Unabhängigkeitserklärung des Landes hinauslaufen, zur Ruhe kommen; die Versicherungen von amtlicher bulgarischer Seite lassen keinen Zweifel daran, daß man zur Zeit in Sofia nicht daran denkt, die guten Beziehungen zum Sultan, für welche kürzlich erst ein neuer Beweis

durch den Empfang des bulgarischen Finanzministers Natshewitsch beim Sultan geliefert worden ist, in Frage zu stellen.)

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 25. Juli.

Heute Vormittag 11 Uhr trafen mit dem Kursschiff von Meersburg Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Toscana mit drei Prinzen und vier Prinzessinnen und dem Prinzen Friedrich August von Sachsen nebst Gefolge auf Schloß Mainau ein. Die höchsten Herrschaften nahmen an der Mittagstafel theil und verließen um 3 Uhr die Insel mit dem Kursschiff, das über Meersburg nach Lindau fährt.

*(Viehverkehr mit der Schweiz.) Vom 27. Juli an werden die Einfuhrbeschränkungen, welche der schweizerische Bundesrath am 10. März l. J. angeordnet hat, gegenüber den aus Deutschland stammenden Thieren aufgehoben.

× (Der Rechenschaftsbericht der Residenzstadt Karlsruhe) für das Jahr 1890 ist im Druck erschienen. Wir entnehmen demselben folgendes:

Der Vorausschlag sämtlicher Einnahmen einschließlich der Umlagen wurde vom Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 4. Juni 1890 auf 2 671 050 M. festgesetzt. Die sämtlichen Ausgaben wurden auf die gleiche Summe veranschlagt. Der Abschluß der Stadtkasseneinnahmen ergab dagegen folgendes Resultat: Die Wirtschaftseinnahmen betragen im ganzen 2 808 351 Mark 25 Pf., die Wirtschaftsausgaben nur 2 539 872 M. 9 Pf., der Einnahmeüberschuß demnach 268 479 M. 17 Pf. Dieser Berechnung sind die wirklichen Einnahmen und Ausgaben zu Grunde gelegt. Würde man die Sollbeträge der Rechnung annehmen, so ergäbe sich eine Mehreinnahme von 318 312 M. 85 Pf.

Von den Wirtschaftseinnahmen von 2 808 351 M. entfallen: 1. auf die Rheinbahn 241 575 M. = 8,6 Proz., 2. auf das Wasserwerk 159 233 M. = 5,7 Proz., 3. auf das Gaswerk 323 261 M. = 11,7 Proz., 4. auf die Verbrauchssteuern 260 000 Mark = 9,3 Proz., 5. auf die Spar- und Pfandleihkasse 69 926 Mark = 2,5 Proz., 6. auf die Umlagen 793 933 M. = 28,3 Prozent, 7. auf die übrigen Einnahmen 944 423 M. = 33,6 Proz. Von den Ausgaben von 2 539 872 M. treffen: 1. auf die Schulen 512 743 M. = 20,2 Proz., 2. auf die Armen- und Krankenpflege 191 637 M. = 7,5 Proz., 3. auf Unterhaltung der Straßen u. 347 665 M. = 13,7 Proz., 4. auf Schuldentilgung und Verzinsung 762 870 M. = 30,0 Proz., 5. auf die Gemeindeverwaltung 231 182 M. = 9,1 Proz., 6. auf die übrigen Positionen 493 778 M. = 19,5 Proz.

Am 1. Januar 1890 betrug: 1. das 4 1/2 prozentige Anlehen von 1873 beim Reichsinvalidenfonds 545 400 M., 2. das 3 prozentige Anlehen von 1886 gegen Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Jubilar 10 441 700 M., 3. das 3 prozentige Anlehen von 1889 gegen Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Jubilar 4 000 000 M., zusammen 14 987 100 M. Im Jahr 1890 wurden an diesen drei Anlehen 480 000 M. abgetragen. Die gesammte Anlehensschuld der Stadt Karlsruhe betrug daher am 1. Januar 1891 noch 14 507 100 M. 1891 werden an dieser Summe 433 800 M. heimbezahlt werden, so daß auf 1. Januar 1892 sich nur noch ein Schuldensaldo ergibt von 14 073 300 M. Infolge Heimzahlung von Kapitalien der städtischen Hypothekendarlehenbank wird noch im Jahre 1891 eine außerordentliche Tilgung eintreten und dadurch sich der Gesamtschuldensaldo noch etwas vermindern. Von den aus Anlehen verzinslich angelegten Geldern waren auf 31. Dezember 1890 noch vorhanden 1 771 605 Mark 53 Pf.

Das gesammte Stadtvermögen beträgt 15 165 648 M. 96 Pf., die darauf ruhenden Schulden belaufen sich auf 14 681 028 M. 3 Pf., das reine Vermögen sonach auf 484 620 M. 93 Pf. Auf 21. Dezember 1889 hat dasselbe betragen 321 118 M. 30 Pf., demnach Vermehrung 1890 163 502 M. 63 Pf. Diese Vermehrung ist hauptsächlich infolge von Schuldentilgung entstanden.

Auf Grund der gesetzlichen Vorschriften sind die Gebäulichkeiten nur mit dem verhältnismäßig sehr niedrigen Feuerversicherungsanschlag und die gewerblichen Anlagen nur mit den Erhellungskosten in die Vermögensberechnung aufgenommen. Die städtischen Betriebsanlagen erscheinen daher bei dieser Berechnung nur mit den wirklichen Anlageloskosten, nämlich: 1. die Rheinisenbahn mit 1 285 266 M. 61 Pf., 2. das Wasserwerk mit 2 264 382 M. 3 Pf., 3. das Gaswerk mit 1 965 857 M. 28 Pf., zusammen 5 505 505 M. 92 Pf.

Der nach dem Reinertrag bemessene 4 prozentige Werthanschlag würde dagegen betragen: 1. bei der Rheinisenbahn 5 193 950 M., 2. beim Wasserwerk 3 984 476 M., 3. beim Gaswerk 8 683 700 M., zusammen 17 862 125 M. Diese drei Anlagen haben im Jahr 1890 einen durchschnittlichen Ertrag von 13,4 Prozent der Erhellungskosten abgeworfen.

Die nachbenannten Anstalten, welche einen, wenn auch theilweise nur geringen Ertrag abwerfen, sind in den Vermögensstand mit 1 373 830 M. aufgenommen, nämlich: 1. die Badanstalten mit 140 860 M., 2. die Festhalle mit 402 700 M., 3. das Schlachthaus mit 504 800 M., 4. die Ausstellungshalle mit 78 300 M., 5. Malerateliergebäude mit 112 600 M., 6. früheres Griechisch-Anwesen mit 139 570 M., Summe 1 373 830 M.

Am Schluß des Verwaltungsjahres befaß die Stadt noch Staats- und andere Wertpapiere im Betrage von 2 601 377 M. Das rentable Vermögen beträgt 9 480 712 M., das übrige Vermögen dient Gemeinde- und insbesondere Schulzwecken mit 5 684 935 M., zusammen 15 165 648 M.

Wenn man den oben erwähnten drei Anstalten — Rheinbahn, Gaswerk und Wasserwerk — den nach dem Reinertrag bemessenen 4 prozentigen Werthanschlag zu Grunde legen würde, so wären in die Vermögensberechnung statt 5 505 505 M.: 17 862 125 M., somit 12 356 620 M. mehr aufzunehmen. Der Stadtrath hat eine neue Abschätzung der Gebäude nach den demaligen Verkaufspreisen angeordnet. Unter Zugrundelegung dieser Schätzung würde sich der Gebäudewerth von 5 328 350 M. auf 8 559 182 M. erhöhen, somit mehr 3 230 832 M. Die Grundstücke sind noch nach dem Steueranschlag in den Vermögensstand aufgenommen. Das Gesamtvermögen der Stadt würde sich sonach auf 30 753 100 M. erhöhen. Die Schulden betragen nur 14 681 028 M., so daß sich ein reines Vermögen ergeben würde von 16 072 072 M. Außer dem hier oben dargelegten Vermögen der städtischen Kassen besitzen noch ein Vermögen: 1. die Spar- und Pfandleihkasse, nach Abzug der an die Stadtkasse abzuliefernden Beträge, von 879 265 M.; 2. die Schulspartasse von 227 M.; 3. die unter unmittelbarer Verwaltung des Stadtraths stehenden

